

Stand: 23.04.2024 18:18:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/12322

"Verbot der neonazistischen Organisation Freies Netz Süd (FNS)"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/12322 vom 25.04.2012
2. Beschluss des Plenums 16/12403 vom 26.04.2012
3. Plenarprotokoll Nr. 100 vom 26.04.2012

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures, Reinhold Perlak, Harald Schneider, Natascha Kohnen, Horst Arnold, Christa Naaß, Margit Wild, Johanna Werner-Muggendorfer, Ludwig Wörner, Hans-Ulrich Pfaffmann, Maria Noichl, Christa Steiger, Kathrin Sonnenholzner, Angelika Weikert, Isabell Zacharias, Stefan Schuster, Annette Karl, Franz Schindler und Fraktion (SPD)**

Verbot der neonazistischen Organisation Freies Netz Süd (FNS)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle Möglichkeiten des Vereinsrechts auszuschöpfen, um die neonazistische Organisation „Freies Netz Süd“ (FNS) zu verbieten. Weiterhin soll ein mögliches Verbot der zahlreichen Mitgliedsorganisationen des FNS geprüft und wenn möglich eingeleitet werden. Die Tarnorganisation des FNS „Bürgerinitiative soziales Fürth“ (BSF) ist ebenfalls zu verbieten.

Begründung:

Das sogenannte „Freie Netz Süd“ tritt bewusst nicht als straff geführte hierarchisch gegliederte Organisation auf, sondern gibt vor, lediglich eine Informationsplattform im Internet zu sein. Tatsächlich ist das neonazistische Netzwerk Freies Netz Süd derzeit die bedeutendste rechtsextremistische Organisation in Bayern und das entscheidende Bindeglied zwischen den „Freien Kameradschaften“. Es besitzt eine offensichtliche Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus und wird von Gruppen und Personen getragen, die vorher beispielsweise in der Fränkischen Aktionsfront (FAF) aktiv waren. Die FAF wurde 2004 von Innenminister Beckstein verboten, wobei er in Aussicht stellte, „... gegen sich womöglich neu bildende Strukturen mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln vorgehen“ zu wollen. Hierzu wird die Staatsregierung nun dezidiert aufgefordert. Ein Verbot des FNS wäre ein wichtiger struktureller Verlust der bayerischen rechtsextremen Szene und somit ein wichtiges Element einer umfassenden Strategie gegen Rechtsextremismus.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures, Reinhold Perlak, Harald Schneider, Natascha Kohnen, Horst Arnold, Christa Naaß, Margit Wild, Johanna Werner-Muggendorfer, Ludwig Wörner, Hans-Ulrich Pfaffmann, Maria Noichl, Christa Steiger, Kathrin Sonnenholzner, Angelika Weikert, Isabell Zacharias, Stefan Schuster, Annette Karl, Franz Schindler** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/12322

Verbot der neonazistischen Organisation Freies Netz Süd (FNS)

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle Möglichkeiten des Vereinsrechts auszuschöpfen, um die neonazistische Organisation „Freies Netz Süd“ (FNS) zu verbieten. Weiterhin soll ein mögliches Verbot der zahlreichen Mitgliedsorganisationen des FNS geprüft und wenn möglich eingeleitet werden. Die Tarnorganisation des FNS „Bürgerinitiative Soziales Fürth“ (BSF) ist ebenfalls zu verbieten.

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Florian Ritter

Abg. Dr. Manfred Weiß

Abg. Dr. Andreas Fischer

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Dr. Sepp Dürr

Staatsminister Joachim Herrmann

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Jetzt rufe ich auf zur gemeinsamen Beratung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD)

Verbot der neonazistischen Organisation Freies Netz Süd (FNS) (Drs. 16/12322)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Georg Schmid, Alexander König, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion (CSU),
Dr. Andreas Fischer, Renate Will und Fraktion (FDP)**

Neonazistische Organisation Freies Netz Süd (FNS) verbieten (Drs. 16/12360)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Ritter.

Florian Ritter (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt es, "Vereinigungen ..., die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten." Es heißt dort nicht etwa, sie können verboten werden, sondern es heißt, sie sind verboten.

Es ist Aufgabe der Innenminister in den jeweiligen Ländern und des Bundes festzustellen, inwieweit eine Organisation gegen diese verfassungsmäßige Ordnung verstößt und wenn sie es tut, dann hat der Minister sie zu verbieten. Im Jahre 2004 hat die Bayerische Staatsregierung mit dem damaligen Innenminister Beckstein die Fränkische Aktionsfront verboten. Maßgeblich dieselben Personen, die Verantwortung in dieser Fränkischen Aktionsfront getragen haben, sind zunächst bei der NPD untergeschlüpft und haben dann im Jahre 2009 das Freie Netz Süd gegründet.

Wir könnten eine Debatte darüber führen, inwieweit das Freie Netz Süd tatsächlich eine Nachfolgeorganisation dieser Fränkischen Aktionsfront ist. Ich denke, es gibt einige Anhaltspunkte, die deutlich darauf hinweisen. Das fängt an bei den verantwortlichen Personen im Freien Netz Süd. Es geht weiter mit diversen Transparenten der

Fränkischen Aktionsfront, die vom Freien Netz Süd nach wie vor mitgeführt werden und auf denen Positionen vertreten werden, die auch die Fränkische Aktionsfront vertreten hat.

Mittlerweile muss man auch feststellen, dass das Freie Netz Süd die Organisation, die Gruppierung ist, in der sich die militantesten und aggressivsten Nazis Bayerns gesammelt haben und dort eine Informations-, eine Organisations- und Aktionsstruktur gefunden haben. Meines Erachtens muss man nicht extra prüfen, welchen Charakter das Freie Netz Süd hat. Es sind die Gruppen, die nach den Enthüllungen über die Terrorgruppe NSU zunehmend militanter und aggressiver auftreten. Es sind diejenigen Gruppen, die sich auf Kundgebungen und Demonstrationen positiv auf die Tattormorde der NSU beziehen, beispielsweise durch Abspielen der Melodie der Pink-Panther-Serie. Wir müssen auch keine Diskussion führen, ob es sich bei diesen Gruppen jetzt um Rechtsradikale, Rechtsextremisten oder irgendwelche Neonazis handelt. Das sind Leute, die nicht im Geringsten differenzieren; sie setzen sich nicht, auch nicht im Ansatz, von der NS-Ideologie ab. Die Leute, mit denen wir es hier zu tun haben, sind Nationalsozialisten reinsten Wassers, und ich glaube, das muss man dann auch einmal offen sagen, wenn man diese Gruppe bewertet.

Sie identifizieren sich mit dem NS-Terrorregime. Sie versuchen auch nicht im Ansatz, sich mit Relativierungen herauszudrehen. Sie beziehen sich positiv auf das NS-Regime. Sie verfolgen nationalsozialistische Inhalte und nationalsozialistische Ziele. Sie propagieren offen die Abschaffung der Demokratie. Für wen, Kolleginnen und Kollegen, ist denn der Artikel 9 des Grundgesetzes geschaffen, wenn nicht für solche Leute?

Wir halten es für dringend notwendig, dass das Innenministerium aus diesen Entwicklungen und aus dieser Einschätzung die Konsequenz zieht und ein Verbot des Freien Netzes Süd umsetzt, und nicht nur ein Verbot des Freien Netzes Süd, sondern auch der Tarnorganisationen, und darüber hinaus auch noch einmal prüft, wie es denn mit den einzelnen Organisationen aussieht, die dem Freien Netz Süd angegliedert sind.

Es sind nämlich eine ganze Reihe, und da ist dann tatsächlich auch ein eklatantes Problem, das wir mit dem Antrag der CSU haben. Der Antrag der CSU bleibt beim Freien Netz Süd und bei einer Tarnorganisation, der "Bürgerinitiative Soziales Fürth", stehen und bezieht die dahinter stehenden Gruppierungen nicht mehr mit ein.

Deshalb würde ich Sie bitten, dass Sie unserem Antrag zustimmen. Die SPD wird den Prüfungsantrag der CSU, der uns nicht weit genug geht, nicht ablehnen, aber wir werden uns enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Weiß. Ihm folgt dann Herr Dr. Fischer. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Weiß.

Dr. Manfred Weiß (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Der Kampf gegen Extremismus sollte das gemeinsame Anliegen aller Parteien sein.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Aus diesem Grunde marschieren wir in dieselbe Richtung.

Ich möchte die Wertungen, die Kollege Ritter jetzt schon vorgenommen hat, nicht wiederholen oder überprüfen. Die Überprüfung wird dann vom zuständigen Ministerium zu machen sein. Aber im Grundsatz möchte ich deutlich sagen: Das Freie Netz Süd wird vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Im Verfassungsschutzbericht 2011 sind ihm nicht weniger als fünf Seiten gewidmet. Man nimmt das Problem also sehr ernst.

Mit dem Verbot könnte es ein Problem geben, was auch im Verfassungsschutzbericht sogar ausdrücklich angesprochen ist, wo es zu diesen politischen Gruppierungen heißt - ich zitiere:

Deren Ziel ist die Vernetzung der gesamten bayerischen Neonazi-Szene. Um dabei keine Ansatzpunkte für Verbote zu bieten, werden feste Strukturen bewusst vermieden.

Das könnte eine Problematik sein. Aber ich bin der Meinung, gerade im Hinblick auf die schlimmen Morde, die ja inzwischen aufgeklärt worden sind, kann man sicher einmal darüber nachdenken, ob hier doch einiges für feste Strukturen spricht. Ich möchte aber das Ergebnis nicht vorwegnehmen.

Darum haben wir unseren Antrag auch so formuliert. Wenn Sie ein Problem damit haben, dass wir jetzt nur die "Bürgerinitiative Soziales Fürth" hier aufgeführt haben und deswegen nicht zustimmen können - wir können den Antrag jederzeit erweitern, indem wir sagen, dass das "Freie Netz Süd" mit seinen Untergruppierungen wie beispielsweise die "Bürgerinitiative Soziales Fürth" gemeint ist -, dann haben wir den ganzen Bereich. Im Verfassungsschutzbericht werden ohnehin die Gruppen erwähnt, ob das der Kreis um Matthias Fischer ist, ob das die Freien Nationalisten in Hof sind, das Aktionsbündnis Nordoberpfalz, Widerstand Regensburg-Cham usw. Also, wenn das Ihr Problem ist, dann, glaube ich, können wir Ihnen helfen.

Ich habe auch bei Ihrem Antrag ein bisschen Wohlwollen mit walten lassen müssen, um ihm zustimmen zu können; denn im letzten Satz steht: "Die Tarnorganisation des FNS "Bürgerinitiative Soziales Fürth" ist zu verbieten." Wir interpretieren da hinein: "... nach einer erfolgreichen Prüfung". Das brauchen wir nicht hineinzuschreiben, aber wir sollten es hier deutlich machen: nach erfolgreicher Prüfung. Wenn wir das also wohlwollend hineininterpretieren, können wir Ihrem Antrag zustimmen, und ich glaube, dass wir, wenn wir unseren erweitern, indem wir sagen: "... mit seinen Untergruppierungen wie beispielsweise die Fürther Szene", in dem Zusammenhang dann auch Ihre Zustimmung finden können.

Wir sollten jetzt nicht kleinkariert vorgehen, sondern für eine gemeinsame Aktion gegen Rechts sein.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Dr. Weiß. Ich bitte dann darum, dass die Antragsteller im Laufe der weiteren Aussprache die Veränderungen dem Präsidium schriftlich übermitteln.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

- Nein, nein, wir sind alle belehrbar, glaube ich. Also, wenn Sie Änderungen in Ihren Antragstexten vornehmen, bitten wir Sie, sie uns hier zu übergeben, damit wir es dann entsprechend bekannt geben können.

Der nächste Redner ist Herr Dr. Fischer. Bitte schön.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in einer freien Gesellschaft, und wenn wir diese freie Gesellschaft erhalten wollen, müssen wir zusammenstehen, müssen wir im Kampf gegen Extremisten gemeinsam handeln, und das sollte Maßstab für unsere Entscheidungen in diesem Hohen Haus sein.

Das Freie Netz Süd ist ein bayernweiter Zusammenschluss von Neonazi-Kameradschaften, der sich Ende 2008 gründete. Bewusst will man feste Strukturen vermeiden, um keine Ansatzpunkte für Verbote zu bieten. Trotz grundsätzlicher NPD-Ablehnung gibt es vielfältige Verflechtungen, und es gibt viele Untergruppierungen und Einzelpersonen, die dieses Freie Netz Süd unterstützen. Das Freie Netz Süd hat in den letzten Jahren in Bayern zahlreiche öffentliche Veranstaltungen organisiert, und seine Homepage dient in erster Linie als Mobilisierungsplattform. Wenn man sieht, dass der Aktivistenstamm bei etwa 100 bis 150 Personen und das Mobilisierungspotenzial bei 300 bis 350 Personen liegt, dann wissen wir, dass wir nicht über eine ganz kleine Organisation reden.

Die rechtsextremistische Szene in Bayern ist überschaubar; sie ist strukturiert, aber sie ist leider auch sehr aktiv. Und leider hat sich nicht bewahrheitet, was ich vermutet hätte: dass der Abscheu über die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds

zu einer Schwächung führt. Leider hat die Rechtsextremisten-Szene offensichtlich eher Aufwind. Man hat Kundgebungen organisiert und man nutzt im Internet die Möglichkeit der Verbreitung der eigenen Inhalte.

Deswegen begrüße ich ausdrücklich die Intention des Antrags der SPD-Fraktion und kündige für meine Fraktion auch an, dass wir diesem Antrag zustimmen werden.

Ich warne gleichwohl vor übertriebenen Erwartungen. Eine entscheidende Schwäche ist bereits in der Begründung des Antrags angelegt. Im Antrag heißt es, dass im Freien Netz Süd überwiegend Gruppen und Personen aktiv sind, die vorher in der Fränkischen Aktionsfront aktiv waren, was uns zeigt, dass wir bei einem Verbot immer wieder die Konsequenz haben, dass sich eine neue Organisation gründet, und das ist letztlich nur ein ganz kleiner und bescheidener Erfolg. Trotzdem sollten wir diesen Schritt gehen, weil er dazu dienen kann, Strukturen zu zerschlagen, und allein das ist ein Erfolg, den wir nutzen sollten.

Wichtiger ist aber, dass wir verstärkt auf Aufklärung gegenüber rechtsextremistischem Gedankengut setzen, dass wir verstärkt versuchen, das Gedankengut nicht nur aus Programmen und Organisationen herauszubringen, sondern auch aus den Köpfen. Eine weitere Problematik des Antrags sehe ich darin, dass eben diese Strukturen sehr unklar und diffus sind. Deswegen haben wir unseren Antrag der Koalitionsfraktionen anders formuliert. Wir haben formuliert, dass geprüft werden soll - nicht etwa, weil nicht sicher ist, ob hier extremistisches Gedankengut vertreten wird, sondern weil nicht sicher ist, ob diese Strukturen festgefügt genug sind. - So viel zur Erklärung unseres Antrags.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte schließen mit einem Appell, gemeinsam gegen jede Form von Extremismus vorzugehen, gemeinsam diese Anträge zu verabschieden. Das wäre ein wichtiges Signal, vielleicht das wichtigste überhaupt: der Zusammenhalt der Demokraten und

der Öffentlichkeit gegen eine menschenverachtende Ideologie. Dieses Zeichen bitte ich gemeinsam zu setzen.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als Nächster hat sich Herr Hanisch für die FREIEN WÄHLER zu Wort gemeldet.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen: Die FREIEN WÄHLER werden den beiden Anträgen zustimmen. Das ist ein ganz klares Zeichen des Zusammenhalts nach außen, des Zusammenhalts dieses Gremiums gegen Rechtsextremismus, in welcher Form auch immer. Hier müssen wir gemeinsam Zeichen setzen. In den letzten Monaten waren wir erschüttert, als wir die Aktivitäten des rechtsextremen Terrors in Deutschland - auch in Bayern hat es Tote gegeben - miterleben mussten. Es ist wirklich Zeit, ein gemeinsames Zeichen zu setzen.

Gerade bei dem Freien Netz Süd haben wir ein Problem. Die Leute sind durchaus clever. Von meinen Vorrednern ist schon sehr vieles gesagt worden. Wenn man die Internetseite des Freien Netzes Süd anschaut, erkennt man die Aktivitäten. Es handelt sich um eine Mobilisierungsplattform der rechten Szene, um eine Vernetzung der bayerischen Neonaziszene. Die Leute vermeiden dabei konsequent das, was wir bräuchten, um sie nach dem Vereinsrecht in Verbindung mit Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes verbieten zu können: Sie vermeiden feste Strukturen.

Die Vorredner haben schon einiges deutlich gemacht. Ich darf noch eine Anmerkung hinzufügen. Unter dem Gesichtspunkt der Feststellungen der CSU und der FDP, die die Praxis der Staatsregierung im Hinblick auf die Bemühung begrüßen, solche Organisationen zu verbieten, müsste man diese Aktivitäten dem Innenministerium zuschreiben. Dieses ist für das Verbot letztlich zuständig. Aber das ist nur ein Detail. Vorhin ist an unserem Antrag ebenfalls im Detail so herumgewieselt worden. Darum sei mir dieser Seitenhieb gestattet.

Wir müssen alle für unsere Anliegen kämpfen. Das wird zum Teil schwierig sein. Es ist nach den Voraussetzungen zu fragen. Die Dinge werden seit Jahren vom Verfassungsschutz überprüft. Sie werden im Verfassungsschutzbericht einzeln erwähnt. Es wird jedenfalls ständig beobachtet. Solange wir nicht stärkere Argumente liefern, befürchte ich, dass die Überprüfung im Sande verlaufen wird. Aber das stärkt die rechte Szene. Das ist das, was wir alle am allerwenigsten wollen.

Bei der Bürgerinitiative in Fürth ist es das Gleiche. Sie wird beobachtet und im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Ich hoffe und wünsche uns allen, dass die Bemühungen Erfolg haben werden und es uns gelingt, die Plattform der neonationalsozialistischen Bühne zu zerstören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Dr. Dürr das Wort.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsextremismus ist derzeit das größte Sicherheitsproblem in Bayern. Das liegt ganz gewiss nicht an den in Bayern aktiven Rechtsextremen selber. Denn dies sind wenig beeindruckende Figuren. Es liegt auch nicht an ihrer kruden, menschenverachtenden Ideologie. Denn auch wenn zu viele Menschen in Bayern rechtspopulistisch daherreden und rechtsextremistische Einstellungen haben, so wollen diesen erbärmlichen Konsorten doch nur ganz wenige folgen.

Und noch weniger wollen die Leute Eingewanderten den Kopf einschlagen und auf Menschen herumtrampeln, nur weil sie schwul oder obdachlos sind. Diejenigen, die das tun oder damit drohen, sind trotzdem viel zu viele. Sie können solches tun, weil in Bayern nicht energisch gegen sie vorgegangen wird, weil sie nicht energisch genug an ihren Aktivitäten gehindert werden. Sie können regelrecht Karrieren starten, wenn sie nur rotzfrech, menschenverachtend und gewalttätig genug sind.

Der Rechtsextremismus ist das größte Sicherheitsproblem in Bayern nicht wegen der erbärmlichen Figuren, die ihn verkörpern, sondern wegen der bayerischen Sicherheitsbehörden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Innenminister, wir haben Sie in der letzten Plenardebatte aufgefordert, endlich ordentlich Ihre Arbeit zu machen. Ich muss es heute leider wieder tun. Auch die vorliegenden Anträge zielen dorthin. Die Anträge verlangen nichts anderes, als dass Sie Ihre Arbeit tun.

Der frühere Innenminister Beckstein hat vor Jahren beim Verbot der sogenannten Fränkischen Aktionsfront angekündigt, dass die Regierung gegen Nachfolgestrukturen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen werde. Jetzt fragen wir Sie, Herr Innenminister: Was haben Sie in der Zwischenzeit getan? Haben Sie sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft? Haben Sie die Möglichkeit des Verbots noch nicht geprüft? Gibt es noch nicht genügend Gründe? Wie wollen Sie darüber hinaus gegen die Neonazis vom sogenannten Freien Netz vorgehen? Ein Verbot allein - das zeigte sich damals unter Beckstein - bringt wenig. Was wollen Sie tun? Sagen Sie es uns!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Rechtsextremismus ist ein Problem besonders für diejenigen, die von seinen Taten betroffen sind. Dass in unserem Land Mitbürgerinnen und Mitbürger Gefahr laufen, von Rechtsextremen überfallen zu werden, dass diejenigen, die ihnen auf unseren Straßen entgegentreten, zu wenig unterstützt werden, dass sie behindert werden, macht den Rechtsextremismus zu einem Problem. Dass rechtsextreme Täter oft nicht ermittelt und bestraft werden, dass sich Rechtsextreme im öffentlichen Raum dreist breitmachen können, ist die Schwachstelle der inneren Sicherheit in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Schutz- und Sicherheitslücke stellt unserem Rechtsstaat und unserer Demokratie kein gutes Zeugnis aus. Sie ist ein Armutszeugnis für den Innenminister und die Bayerische Staatsregierung.

Herr Innenminister, die Menschen in Bayern erwarten, dass Sie sich endlich mit ganzer Kraft und allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen den Rechtsextremismus wenden, gegen ihn vorgehen. Sie erwarten auch, dass Sie endlich aufklären, wer die widerlichen Anschläge gegen die bekannten Neonazigegner um Weihnachten herum begangen hat. Sie erwarten vor allem, dass Sie endlich die schreckliche Mordserie und das Versagen der Ermittlungsbehörden aufklären. Dies ist nicht allein die Aufgabe des Generalbundesanwalts. Wir wissen immer noch nicht, warum die Hälfte der Morde in Bayern begangen wurde. Nichts ist aufgeklärt, Herr Kollege Weiß.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Manfred Weiß (CSU))

- Nein, es ist nichts aufgeklärt. Zwei Täter kommen in Frage. Aber warum die Morde geschehen sind und warum ausgerechnet hier, ist nicht aufgeklärt.

(Zuruf von der CSU: Das weiß doch keiner!)

- Ja, genau, das weiß keiner. Das ist das Debakel für die innere Sicherheit in Bayern.

Deswegen müssen Sie, Herr Innenminister, auch selber etwas tun. Sie müssen aufklären, was bei der Suche nach den Tätern in Bayern falsch gelaufen ist. Es ist ja etwas falsch gelaufen. Sonst wäre man doch darauf gekommen. Warum wurde dem Hirngespinnst Ausländerkriminalität so viel intensiver nachgegangen als der Suche nach den rechtsextremen Tätern? Warum wurden die Opfer und ihre Angehörigen vom Innenministerium öffentlich als Kriminelle angeprangert? Warum war die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern so ergebnislos? Stimmt es, dass der Verfassungsschutz der Sonderkommission nur zögerlich zugearbeitet hat? So steht es ja in den Zeitungen. Warum hat man den Neonazis solche Morde in Bayern nicht zugetraut? Stimmt es, was heute ebenfalls berichtet wurde, dass man Angst hatte, der Generalbundesanwalt

könne die Ermittlungen an sich ziehen? Das sind Fragen, Herr Innenminister, die Sie in diesem Hause dringend selber beantworten müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bisher bekannt wurde, deutet darauf hin, dass der Ermittlungseifer der bayerischen Behörden groß war. Bisher sind auch keine persönlichen Fehler bekannt geworden. Deshalb müssen sich die Behörden schon fragen - auch Sie, Herr Innenminister -, ob nicht Systemfehler vorliegen. Wenn Sie hier nicht endlich Resultate vorlegen, wird der Landtag selber untersuchen müssen, was los war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht nicht nur um die Taten, die schon passiert sind - die kann man nicht ungeschehen machen -, sondern vor allem um den Umgang mit den aktiven Rechtsextremen. Es ist höchste Zeit, dass Sie, Herr Innenminister, und Ihre Behörden aus den bisherigen Fehlern lernen und entschlossen und konsequent gegen Rechtsextremismus vorgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, gestatten Sie eine Frage des Kollegen Dr. Fischer?

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Nein. Das ginge ja von meiner Redezeit weg.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Aber Sie sind ja jetzt fertig.

Herr Dr. Fischer, bitte zu einer Intervention.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Kollege Dr. Dürr, halten Sie es für angemessen, bei einem so ernsten Thema wie dem Kampf gegen den Rechtsextremismus so viel Polemik in dieses Hohe Haus hineinzubringen?

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Halten Sie es für angemessen, dieses Thema zu benutzen, um hier Ihr politisches Süppchen zu kochen? Halten Sie es für angemessen, in diesem Hause Unterstellungen vorzutragen, die Sie in keiner Weise belegen können? Wenn Sie sagen, diese Fälle hätte man alle aufklären können, dann wissen Sie mehr als sämtliche Sicherheitsbehörden in Deutschland. Sie erwecken damit den Eindruck, dass nur Sie allein ein Patentrezept gegen Rechts hätten. Ich finde das sehr anmaßend.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wenn dies ein Beispiel für eine polemikfreie Rede gewesen sein soll, dann war meine Rede doppelt polemikfrei. Sie haben mir unterstellt, ich hätte gesagt, man hätte diese Fälle aufklären können. Ich möchte nur wissen, warum diese Fälle nicht aufgeklärt wurden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu gibt es bis heute keine Aufklärung. Sie haben gesagt, ich sei engagiert. Ich wünschte mir, dass Sie das gleiche Engagement gegen Rechtsextremismus zeigten. Deshalb bin ich hier engagiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Herrmann ums Wort gebeten.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Das Freie Netz Süd und die Bürgerinitiative Soziales Fürth werden bereits intensiv vom Verfassungsschutz beobachtet. Wir haben über beide Organisationen erst jüngst wieder im Verfassungsschutzbericht 2011 berichtet. Die Ziele dieser Organisationen sind klar: Das Freie Netz Süd ist das größte überregionale neonazistische Netzwerk in Bayern. Es dient insbesondere dazu, Neonazis in Franken und der Oberpfalz eine Mobilisierungsplattform zu bieten, und möchte ihre Vernetzung erreichen.

Die Bürgerinitiative Soziales Fürth, die von Akteuren des Freien Netzes Süd gegründet wurde, soll es langfristig ermöglichen, unter einem möglichst unverfänglichen Namen an Kommunalwahlen teilzunehmen und damit an politischem Einfluss in der Region zu gewinnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehen gegen rechtsextremistische Gruppierungen zum einen mit präventiven Mitteln vor, indem wir über ihre Ziele und Aktivitäten aufklären. In diesem Zusammenhang erinnere ich nur an das umfassende Handlungskonzept der Staatsregierung gegen Rechtsextremismus und die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus, die BIGE, deren Kernaufgabe die Präventionsarbeit ist.

Zum anderen entspricht es natürlich seit jeher dem Anspruch und der Praxis des bayerischen Innenministeriums, gegen rechtsextremistische Organisationen auch alle Möglichkeiten des Vereinsgesetzes konsequent zu nutzen. Wir haben in den letzten Jahren nicht nur drei rechtsextremistische Organisationen wie zum Beispiel die vorhin angesprochene Fränkische Aktionsfront verboten, sondern auch maßgeblich daran mitgewirkt, dass das Bundesministerium des Innern zehn weitere bundesweit aktive rechtsextremistische Organisationen verbieten konnte, zuletzt im vergangenen Jahr die Hilfgemeinschaft für nationale politische Gefangene.

Sie können sicher sein, dass wir auch das Freie Netz Süd, die ihm zurechenbaren Kameradschaften und die Bürgerinitiative Soziales Fürth sehr genau im Auge haben und dass wir die gebotenen Maßnahmen ergreifen, die rechtlich möglich sind. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich mich zum gegenwärtigen Zeitpunkt über konkrete Vereinsverbote nicht näher äußern will. Das war in der Vergangenheit nicht üblich, und das ist auch auf Bundesebene nicht üblich. Wir gackern erst, wenn die Eier gelegt sind. Wir berichten aber regelmäßig dem Parlamentarischen Kontrollgremium darüber. Das werden wir auch weiterhin tun.

Beide Dringlichkeitsanträge zielen darauf ab, das Freie Netz Süd und die Bürgerinitiative Soziales Fürth zu verbieten, wenn dies rechtlich möglich ist. Ich darf Ihnen versichern, dass dies hundertprozentig meiner persönlichen Einschätzung entspricht. Ich

halte es für richtig und wichtig, dass wir unsere Sicherheitsbehörden in diesem klaren Kurs nachdrücklich unterstützen. Die subtilen Vorwürfe, Unterstellungen und Behauptungen, die Sie, Herr Kollege Dr. Dürr, in den Raum gestellt haben, weise ich nachdrücklich zurück. Sie werden der Arbeit der bayerischen Sicherheitsbehörden in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen möchte ich mich ausdrücklich für die ansonsten offensichtlich bestehende breite Gemeinsamkeit in diesem Hohen Haus und für die breite Gemeinsamkeit der Demokraten gegen den Rechtsextremismus bedanken. Wir müssen der Bevölkerung draußen zeigen, dass es eine klare Gemeinsamkeit der Demokraten gegen Rechtsextremisten gibt. Auf dieser Basis werden wir den Kampf in unserem Land und in ganz Deutschland ganz entschieden führen. Wir dürfen keinen Spalt breit Toleranz geben. Wir müssen uns den Rechtsextremisten im Rahmen dessen, was uns diese rechtsstaatliche Demokratie an Handlungsmöglichkeiten gibt, entgegenstellen. Dazu stehen wir.

Wir brauchen politische Auseinandersetzungen, damit junge Menschen nicht weiter in die Fänge dieser Extremisten geraten, aber auch eine klare Anwendung des gesamten sicherheitspolitischen und rechtspolitischen Spektrums, um solchen Leuten das Handwerk zu legen. Dafür stehen wir, und dafür müssen wir auch gemeinsam kämpfen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, weshalb wir die Aussprache schließen und zur Abstimmung schreiten können. Die Anträge werden hierzu wieder getrennt.

Änderungsanträge zum Dringlichkeitsantrag der SPD wurden uns nicht angezeigt. Deshalb bleibt es bei der Fassung des Dringlichkeitsantrags auf Drucksache

che 16/12322. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FDP auf Drucksache 16/12360. Hierzu gibt es eine Änderung, die ich Ihnen noch einmal zur Kenntnis geben möchte:

Der Landtag begrüßt die konsequente Praxis der Staatsregierung, rechtsextremistische Organisationen nach dem Vereinsgesetz zu verbieten und das Bundesministerium des Innern bei Verbotsverfahren des Bundes zu unterstützen.

Jetzt folgt Satz 2 neu:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu prüfen, ob das neonazistische "Freie Netz Süd" mit seinen Untergruppierungen wie der "Bürgerinitiative Soziales Fürth" nach dem Vereinsgesetz verboten werden können, und in diesem Falle die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag mit dieser Fassung des Satzes 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls angenommen.